UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 16 · 28. November 2002 · www.cdu-csu-ep.de

„Erweiterung der EU ist historische Chance“

Als „historische Chance“ bezeichnete der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union. Während eines Kongresses der CDU/CSU-Gruppe in Berlin diskutierten die Europaabgeordneten Hartmut Nassauer, Elmar Brok, Ingo Schmitt und Michael Gahler mit Vertretern der Wirtschaft und Botschaftern der EU-Mitglieds- und Beitrittsstaaten die Chancen und Risiken der Erweiterung. Für den Erweiterungsprozess sei eine intelligente und problemgerechte Steuerung der Wirtschaftsinteressen notwendig, um Verwerfungen auf beiden Seiten zu vermeiden, erklärte Nassauer.

Inhalt

Werner Langen: Emmissionshandel *Seite 2*

Markus Ferber: EU-Haushalt *Seite 4*

Debatte über die Erweiterung der EU *Seite 5*

Michael Gahler: Königsberg-Transit *Seite 7*

WERNER LANGEN:

Handel mit Emmissionszertifikaten

FREIWILLIGES SYSTEM FÜR DEN EMMISSIONSHANDEL STÄRKT KLIMASCHUTZ

Seit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 in Rio de Janeiro zählt eine verlässliche und dauerhafte Klimaschutzpolitik weltweit zu den Kernelementen einer nachhaltigen Entwicklung. Insbesondere das Kyoto-Protokoll (1997) hat dazu flexible Instrumente definiert, die Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern sein sollen.

Werner Langen MdEP

Die flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls und die individuellen Zielvorgaben für die Vertragsparteien erfordern wachsende Anstrengungen. Von der Europäischen Union ist eine gemeinsame Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2012 um 8 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 auf der Grundlage einer europäischen Lastenteilung zugesagt worden. Einzelne Mitgliedsstaaten der EU haben bereits erhebliche Vorleistungen erbracht, z.B. im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen.

Mit den bislang umgesetzten oder in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen in der Europäischen Union und in den Mitgliedstaaten wird allerdings nach der Analyse der Kommission das Kyoto-Ziel voraussichtlich nicht erreicht werden können. Die Europäische Kommission rechnet nur mit einer Stabilisierung der Treibhausgasemissionen auf dem Niveau von 1990 statt mit einer zugesagten Reduzierung um 8 Prozent. Deshalb sind, neben den Regelungen in den Mitgliedsstaaten, die weiteren Maßnahmen für eine EU-Klimaschutzstrategie sinnvoll, um möglichst alle EU-Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer nationalen Verantwortung einzubinden. Gemeinsame und koordinierende Maßnahmen sind auch deshalb erforderlich, weil bislang nur eine Minderheit der EU-Mitgliedstaaten erkennbare Fortschritte zur Realisierung ihrer übernommenen Lastenverteilungs-, Minderungs- bzw. Begrenzungsverpflichtungen erzielt haben. Hier sind vor allem Großbritannien und Deutschland zu nennen. Demgegenüber befinden sich die Niederlanden, Dänemark, Belgien, Spanien und Österreich heute weit außerhalb des von ihnen nach dem Kyoto-Protokoll und der Lastenverteilung einzuhaltenden Zielkorridors. Die von der Kommission vorgeschlagenen Instrumente des Emissionshandels und weiterer zehn Maßnahmen werden

allerdings die Mitgliedstaaten von ihren Verpflichtungen nicht entbinden können.

Bei der Einführung eines EU-weiten Rahmens für den Handel mit Treibhausgasen, der die auf der Ebene der EU und einzelner Mitgliedsstaaten bereits erfolgreichen Maßnahmen wirksam ergänzt, kommt es darauf an, dass die EU ein System findet, das alle Instrumente des Kyoto-Protokolls beinhaltet. Deshalb wäre es sinnvoll, dass dieses vorgeschlagene System ab 2005 in einer mehrjährigen Pilotphase auf freiwilliger Basis mit einem entsprechenden Anreizsystem und ergebnisoffen ausgestaltet wird. Bei der Bewertung der einzelnen Maßnahmen des Vorschlags der Kommission ist es erforderlich, dass solche Maßnahmen vorrangig umgesetzt werden, die ein hohes CO_2-Einsparpotenzial und eine hohe Kosteneffizienz aufweisen. Es ist eine der wesentlichen Zielsetzungen des Kyoto-Protokolls, die Treibhausgasemissionen dort vorrangig einzuschränken, wo dies mit hohem Wirkungsgrad und niedrigen Kosten möglich ist.

Die deutschen Europaabgeordneten haben sich mehrheitlich und parteiübergreifend für ein freiwilliges System für den Handel mit Emissionszertifikaten inklusive einer opt-out-Klausel bei ausreichenden Vorleistungen eingesetzt. Leider ist dieser Kernpunkt bei der Einführung eines Emissionshandelssystem, der eine freiwillige Teilnahme der EU-Mitgliedstaaten vorsah, jedoch mit deutlicher Mehrheit im Plenum des Europäischen Parlaments abgelehnt worden. Ebenso fand der Antrag, dass CO_2-Emissionen bei bestimmten Produktionsprozessen nicht vermeidbar sind und deshalb herausgenommen werden müssen, im Europäischen Parlament keine Mehrheit. Eine Herausnahme der betroffenen Industriezweige, z.B. die Produktion von Kalk, Zement und Stahl, war von den deutschen Abgeordneten gefordert worden. Über den Richtlinienentwurf der Kommission und die beschlossenen Änderungen durch das Parlament hat nun der Rat mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden. Zuständig ist der Rat für Umweltfragen, in dem je ein Vertreter jedes Mitgliedstaats auf Ministerebene sitzt, der befugt ist, für seine Regierung verbindlich zu handeln. Die Mitglieder des Rates sind gegenüber ihren nationalen Parlamenten verantwortlich. Bislang konnte vor allem wegen der Uneinigkeit der deutschen Bundesregierung kein Konsens im Umweltrat zum Handel mit Emissionsrechten erreicht werden. Bundeskanzler Schröder und das Wirtschaftsministerium haben bisher einen verbindlichen Emissionshandel abgelehnt. Dass ein solcher Pflicht werden soll, wird dagegen im Bundesumweltministerium nach wie vor begrüßt (trotz der rot-grünen Koalitionsvereinbarung). Allerdings zeichnet sich im Rat eine Mehrheit für ein obligatorisches Handelssystem ab, so dass Deutschland im Dezember überstimmt werden könnte.

Ist der Rat letztlich zu einer Einigung gekommen, wird dieser „Gemeinsame Standpunkt" dem Parlament zur Zweiten Lesung vorgelegt. Dann müssen sich Parlament und Rat auf einen gemeinsamen Richtlinientext einigen, notfalls im Vermittlungsverfahren.

Dr. Werner Langen (CDU Rheinland-Pfalz) ist Mitglied im Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments.

MARKUS FERBER:

Einstieg in die parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik

HAUSHALT 2003: PARLAMENT BEI GASP ANGEMESSEN BETEILIGT

In den Haushaltsberatungen für 2003 hat das Europäische Parlament ein neues Kapitel aufgeschlagen. Erstmals sind konkrete Finanzierungen für Maßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) an das Einverständnis des Straßburger Plenums gebunden. Nach langen Jahren ohne jeglichen parlamentarischen Einfluss bei der europäischen Außenpolitik ist dies ein echter Durchbruch.

Markus Ferber MdEP

Rat und Parlament haben sich im „Konzertierungsverfahren" auf einen Etat von 97,5 Milliarden Euro geeinigt. Mit einem Anteil von 1,02 Prozent am Bruttosozialprodukt der EU bleibt der Haushalt für das kommende Jahr deutlich unter der Obergrenze von 1,27 Prozent. Diese Grenze ist in der aktuellen finanziellen Vorausschau bis 2006 festgelegt, die vor drei Jahren auf dem EU-Gipfel von Berlin beschlossen wurde. Ich halte den kommenden Haushalt für ein positives Signal in Zeiten schlechter wirtschaftlicher Konjunktur.

Der erfreuliche Kompetenzgewinn des Europäischen Parlaments wird an der Finanzierung der EU-Polizeimission in Bosnien-Herzegowina deutlich. Der Rat hatte dafür zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro sowie weitere 7,5 Millionen Euro für andere Projekte gefordert. Anstatt nationale Mittel aufzubringen, wollte man das Geld einfach aus dem EU-Haushalt „abzwacken", allerdings ohne das Parlament einzubeziehen. Das konnten wir als gewählte Volksvertreter nicht akzeptieren!

Auf meine Initiative hin hat das Europäische Parlament in den Verhandlungen durchgesetzt, dass eine Aufstockung der Mittel für die GASP im EU-Haushalt nur dann erfolgen kann, wenn das Parlament „angemessen beteiligt" wird. Dies ist ein großer Erfolg. Mehr konnte das Parlament nicht erreichen, da die europäischen Verträge eine vollumfängliche parlamentarische Kontrolle der GASP (noch) nicht erlauben. Ich setzte in diesem Punkt voll auf die Arbeiten des EU-Konventes.

Ein weiteren Erfolg können wir bei den Hilfsgeldern für Drittländer verbuchen. Dort hatte der Rat neue Mittel für Afghanistan in Höhe von 1 Milliarde Euro in den nächsten vier Jahren veranschlagt. Wir sind die letzten, die sich ei-

ner solchen dringend notwendigen Unterstützung für das geschundene Land verweigern. Wir haben aber auch klar gemacht, dass das nicht auf Kosten anderer Regionen auf dem Balkan, in Afrika, Südamerika und Asien gehen darf, die ebenso auf Europas Solidarität angewiesen sind. Die EU darf das berechtigte Vertrauen dieser Länder nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Die „Feuerwehrmentalität" des Rates, nach der Geld immer dahin umgeschichtet werden soll, wo's gerade „brennt", ist schlicht unseriös. Europa soll es machen, aber zusätzliches Geld soll es keines geben.

Wir haben dem Hilfsprogramm für Afghanistan zugestimmt und gleichzeitig durchgesetzt, dass die Hilfsgelder für andere Regionen nicht gekürzt werden. Diese Aufgaben müssen adäquat finanziert werden, sonst wird die EU international unglaubwürdig. Mit der Verwendung von nicht abgerufenen Mitteln im Bereich der Außenpolitik wurde hier eine gute Lösung gefunden. Auf der Dezember-Sitzung in Straßburg wird der Haushalt 2003 vom Parlament endgültig verabschiedet.

Markus Ferber (CSU) ist Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und stellv. Koordinator der EVP/ED-Fraktion im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments.

Abgeordnete der Beitrittsländer zur Debatte über die Erweiterung im Europäischen Parlament

Am 19. November 2002 unternahm die Europäische Union einen weiteren Schritt zur Wiedervereinigung Europas. Dieser Tag wird in die Geschichte eingehen. Zweihundert Abgeordnete der nationalen Parlamente von 12 Bewerberländern nahmen gemeinsam mit den 626 Mitgliedern des Europäischen Parlaments an einer emotional bewegenden Debatte über die Zukunft der Europäischen Union teil.

In einer Sitzung, wie es sie im Europäischen Parlament noch nicht gegeben hat, wurden Abgeordnete der Länderparlamente der zukünftigen Mitgliedstaaten vom Präsidenten und den Fraktionen des Europäischen Parlaments eingeladen, sich aktiv an der Debatte zu beteiligen. Vertreter aus Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern nahmen ihre Plätze im Plenum ein und beteiligten sich mit Redebeiträgen an der Aussprache.

An der feierlichen Eröffnung der Debatte durch Präsident Pat Cox nahmen der Präsident der Europäischen Kommission, Romano Prodi, das für die Bei-

trittsverhandlungen zuständige Kommissionsmitglied Günter Verheugen und Vertreter des Ministerrats teil.

Im Verlauf der Woche füllten sich die Räume des Europäischen Parlaments mit Parlamentsneulingen aus den Bewerberländern, und der Presseraum war voll von Journalisten aus aller Welt. Mit der Übersetzung der Debatten in 23 Sprachen bereicherte der Dolmetschdienst die freudige Stimmung um eine „klangvolle" Komponente.

Neben den Beiträgen der Parlamentsneulinge und der Aussprache über Elmar Broks Bericht über den Standpunkt des Europäischen Parlaments zur Beurteilung der Fortschritte der Bewerberländer auf dem Weg zum Beitritt durch die Kommission, beherrschten die Aussichten auf eine friedliche und umfassende Beilegung des Zypern-Konflikts und die künftige Partnerschaft mit der Türkei die Debatte im Plenum.

Zum Abschluss der Sitzung nahm das Parlament den von Elmar Brok vorgelegten Fortschrittsbericht über die Erweiterung mit einer soliden Mehrheit an.

Ein großer Tag für die Freiheit

Hans-Gert Pöttering, Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion, bezeichnete den Tag der Parlamentsdebatte über die Erweiterung als einen großen Tag für die Freiheit: „Dies ist ein großer Tag für die Demokratie und ein großer Tag für den Parlamentarismus in Europa". Pöttering erklärte, seit 1979, als er erstmals in das Europäische Parlament gewählt worden sei, habe er auf diesen Tag gewartet. Zuweilen habe er nicht mehr daran geglaubt, dass dieser Tag noch zu seinen Lebzeiten kommen würde.

Im Namen der Fraktion der EVP-ED begrüßte Pöttering die Bewerberländer und hob hervor: „Dies ist ein Tag der Freude, der Dankbarkeit, aber auch ein Tag, an dem wir uns an die Vergangenheit erinnern. Die Geschichte darf sich nicht wiederholen." Auf die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kommunismus eingehend rief er den Parlamentariern all diejenigen ins Gedächtnis, die ihre Freiheitsideale nie aufgegeben haben.

An die Abgeordneten der Bewerberländer gewandt versicherte Pöttering, dass sie auf die Solidarität der Europäischen Union vertrauen könnten. Er begrüßte als Gast den früheren EVP-ED-Abgeordneten Otto von Habsburg, dessen Verdienste bei der Befreiung Mittel- und Osteuropas vom Kommunismus er hervorhob. Abschließend erklärte Pöttering: „Die gemeinsame Zukunft eines geeinten europäischen Kontinents ist ein Europa der Solidarität, der Freiheit, der Menschenrechte und des Friedens".

Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Elmar Brok, erinnerte an all diejenigen Männer und Frauen, die die Wiedervereinigung Europas möglich gemacht hätten und sprach über die Wichtigkeit von realen zwischenmenschlichen Kontakten, die bewirkten, dass die Europäer einander verstehen. Brok wörtlich: „Wir und auch die Bewerberländer müssen daran denken, dass es hier nicht allein um ein wirtschaftliches Unterfangen geht. Das eigentliche Ziel ist die politische Union".

MICHAEL GAHLER:

Schwierigkeiten vorprogrammiert

TRANSITREGELUNG FÜR KÖNIGSBERG WÄLZT PROBLEME AUF REISENDE UND NACHGEORDNETE BEHÖRDEN AB

Warum einfach, wenn´s auch umständlich geht. Diese Frage müssen sich die Beteiligten stellen lassen, die sich anlässlich des EU-Russlandgipfels am 11. und 12. November nach langem Ringen eine Regelung für den Transit von und nach Königsberg ausgedacht haben. Stattgegeben wurde – vorerst – der russischen Forderung nach einer formell visafreien Regelung, natürlich mit einigen Auflagen.

Michael Gahler MdEP

Ab dem 1.7.2003 werden zwei Verfahren angewandt: für Mehrfacheinreisen des gesamten Transitverkehrs wird von einem litauischen Konsulat ein „vereinfachtes Transit-Dokument (FTD)" – gebührenfrei oder für eine sehr geringe Gebühr -ausgestellt.

Für einmalige Hin- und Rückreisen mit der Bahn werden mit dem Kauf des Tickets an einem russischen Bahnhof die entsprechenden Daten an die litauischen Behörden übermittelt, im Zug selbst sollen dann die litauischen Grenzbehörden das „vereinfachte Eisenbahntransitdokument (FRTD)" verteilen. Bei den für Litauen hieraus entstehenden Kosten wird die EU Hilfestellung geben.

Weiterhin ist eine Machbarkeitsstudie für Hochgeschwindigkeitszüge vorgesehen, die das litauischen Hoheitsgebiet ohne Halt durchqueren. Allerdings müssen Litauen und die EU sich hier noch auf Referenzbedingungen einigen. Russland seinerseits verpflichtet sich, die Ausstellung internationaler Pässe für seine Bürger zu beschleunigen.

Dies sind die Kernelemente des gefundenen Kompromisses. Es ist erstaunlich, dass Litauen nicht unmittelbar bei diesen Verhandlungen beteiligt war, wo es doch fast alles umzusetzen hat. Auch Weißrussland, das am „Ostende" des Transits liegt, ist nicht mit von der Partie. Zunächst muss Litauen sein Generalkonsulat in Königsberg ausbauen und ein weiteres Konsulat in Tilsit eröffnen, um die Anträge für das „FTD" bearbeiten zu können. Es ist zu erwarten, dass sich vor diesen Gebäuden auch die anderen Orts bekannten „russischen Schlangen" organisieren, die die übliche „Eigendynamik" hinsichtlich der Reihenfolge der zur Antragstellung „zugelassenen" Wartenden entwickeln werden. Die Frage, ob das Do-

kument kostenlos oder zu „sehr niedrigen Kosten" erteilt wird, ist auch noch nicht geklärt.

Für das einmalige „FRTD" gibt es gleich mehrfaches „Fehlerpotenzial", was das Zusammenwirken unterschiedlicher Behörden zweier Länder betrifft: Ist an jedem russischen Bahnhof die Information vorhanden, dass mit dem Kauf eines Tickets nach Königsberg eine Antragsprozedur (Name, Anschrift, Passdaten, exakter Reisezeitpunkt) verbunden ist? Weiß das Schalterpersonal, wohin die Daten umgehend zu leiten sind? Leiten die übergeordneten russischen Stellen die Daten rechtzeitig an die zuständigen litauischen Behörden? Wird das Ticket erst nach einer positiven Rückmeldung ausgestellt, was bedeuten würde, der Reisende muss zweimal zum Schalter, oder geht man das im Normalfall zu vernachlässigende „Risiko" ein, aus dem Zug verwiesen zu werden, weil der Transit verweigert wird? Bearbeiten die litauischen Behörden die Anträge so rechtzeitig, dass die zuständigen Grenzbeamten im richtigen Zug mit den Passierscheinen unterwegs sind? Was ist, wenn der Antragsteller einen Anschlusszug verpasst und im folgenden Zug reist?

Mit diesen praktischen reiserelevanten Details hat man sich auf der Gipfelebene natürlich nicht befasst, sie sind jedoch geeignet, viel Verdruss bei den Reisenden auszulösen, wenn in der Praxis die aufeinander abgestimmte Zusammenarbeit und Kommunikation der zuständigen Behörden nicht klappt. Es könnte sogar über die Unzufriedenheit zu einer Instrumentalisierung der Diskussion durch Russland kommen. Deshalb hat auch der Gemischte Parlamentarische Ausschuss EU-Litauen eine kritische Diskussion zu den diesbezüglichen Ergebnissen des EU-Russlandfels geführt und auf vorhersehbare Schwierigkeiten bei der Umsetzung hingewiesen.

In dieser einmaligen Situation im EU-Erweiterungsprozess hätte wohl mit mehr Flexibilität und Pragmatismus eine effizientere Lösung gefunden werden können. Schengen-Puristen auf der EU-Seite und grundsätzliche Hoheitsfragen auf der russischen Seite haben dies jedoch verhindert. Für die Umsetzung des Kompromiss ist nur eines schon klar: 13 Jahre nach dem Fall der Mauer ist der Transit durch Litauen für die Reisenden schwieriger als damals durch die DDR. Die Schwierigkeiten werden die litauischen Beamten und die Bevölkerung Kaliningrads auszubaden haben.

Michael Gahler (CDU Hessen) ist Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und 1. Vizepräsident des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Litauen.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.